



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21031-33
Fernschreiber 0886890

P/XV/149 - 5. Juli 1960

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	<u>Fehl am Platze</u> Brigadegeneral von Hobe und die deutsche Bevölkerung	48
2 - 3	<u>Die Alterssicherung der Selbständigen</u> Ein ungenügender Entwurf - Unübersichtliche Auswirkungen Von Erwin Lange, MdB	94
4 - 5	<u>Chruschtschow in Österreich</u> Von unseren Korrespondenten in Wien, Karl Eranta	70
6 - 7	<u>Die Frau und die Politik</u> Kontaktgespräche zwischen Politikerinnen und Journalistinnen Von Hilde Szpitner	57
7	<u>Ein Leben im Dienste der Gewerkschaften</u> Zum Rücktritt J.H. Oläenbroeks vom Gewerkschaftssekretariat des IGBG	38

* * * *
* * *

Fehl am Platze

Brigadegeneral von Hobe und die deutsche Bevölkerung

ap - Der Brigadegeneral im Bundesverteidigungsministerium, von Hobe, hat im Schwurgerichtsprozeß gegen den ehemaligen SS-General Simon eine harte Kritik an der Haltung der deutschen Zivilbevölkerung während der letzten Wochen des zweiten Weltkrieges geübt. Die deutsche Zivilbevölkerung sei der kämpfenden Truppe zum Teil feindlich gegenübergetreten und habe versprengten Soldaten nicht geholfen.

Diese Aussagen des Brigadegenerals im Bundesverteidigungsministerium sollen den ehemaligen SS-General Simon entlasten. Simon steht zur Zeit unter der Anklage, die Einrichtung von drei Zivilisten verursacht zu haben, weil sie sich der sinnlosen Zerstörung ihres Heimatortes widersetzt hatten.

Zum ersten Male brachte jetzt in der Nachkriegsgeschichte ein hoher Offizier der Bundeswehr, der sogar in der nächsten Umgebung des Bundesverteidigungsministers arbeitet, eine Art Dolchstoßlegende auf. Der deutschen Zivilbevölkerung, die jahrelang bewunderungswürdig den grauenhaften Zerstörungen ihrer Städte moralisch standhielt, die unendliche Leiden auf sich nahm - dieser Bevölkerung wird jetzt nachgesagt, sie sei den kämpfenden Soldaten in den Rücken gefallen. Denn dies und nichts anderes bedeutet die Aussage des Brigadegenerals von Hobe.

Es gibt hunderte von Fällen, in denen beherzte Frauen und Männer durch rechtzeitiges Eingreifen die sinnlose Zerstörung und die Opferung von Frauen und Kindern sowie wehrloser Männer buchstäblich in letzter Minute verhindern konnten. Manche Brücke in Deutschland, manches Dorf und sogar manche Stadt verdanken ihre Erhaltung diesem mutigen Einsatz. Millionen Flüchtlinge, die nach der Kapitulation in den Westen strömten, fanden in den zum Glück unversehrten Orten wieder eine neue Heimat.

Wenn Herr von Hobe die Problematik des damaligen Geschehens mit fünfzehn Jahren Verspätung ausschließlich aus der Perspektive des Militärs von damals sehen will, so mag dies seine persönliche Angelegenheit sein, die nur insofern von Interesse ist, als er sie nicht schon vor dem Personal-Gutachterausschuß vorgebracht hat, der die Einstellung ehemaliger Offiziere in die Bundeswehr zu überprüfen hat. Wenn jedoch der Brigadegeneral im Bundesverteidigungsministerium, von Hobe, - also ein aktiver Offizier von heute - der Zivilbevölkerung vorwirft, der kämpfenden Truppe in den Rücken gefallen zu sein, dann ist dies ein Politikum. Wir sind gewiß, daß Herr von Hobe nicht die Auffassung des Bundesverteidigungsministeriums bzw. seiner unmittelbaren Vorgesetzten vertritt. Längst haben Historiker nachgewiesen, daß Hitler in den letzten Wochen den Krieg praktisch gegen das deutsche Volk führte. Es ist dasselbe Volk, um dessen Verständnis heute der demokratische Staat beim Wiederaufbau einer neuen Armee wirbt. Ein hoher Offizier der Bundeswehr also, der diesem Volk unterstellt, es habe falsch gehandelt, weil es sich der sinnlosen Zerstörung widersetzte, ist fehl am Platze.

Die Alterssicherung der Selbständigen

Von Erwin Lange, MdB

Der Bundestag hat auf seiner letzten Sitzung in dritter Lesung den Entwurf eines Gesetzes über eine Rentenversicherung der Handwerker (Handwerkerversicherungsgesetz) mit den Stimmen der CDU/CSU, der FDP und der DP verabschiedet.

Die Sozialdemokraten sahen sich außerstande, diesem Entwurf zuzustimmen. Der Entwurf ist gegenüber der Vorlage des Ausschusses für Sozialpolitik so sehr verändert, daß niemand eindeutige Auskünfte über die möglichen Folgen dieser gesetzlichen Bestimmungen für die Handwerkerversicherung auf der einen Seite und für die Arbeiterrentenversicherung auf der anderen Seite geben könnte.

Die Sprecher der CDU/CSU, die zu der Ausschußvorlage in mehr als einem Dutzend Punkten - bei nur vierzehn Paragraphen des Gesetzentwurfes - Änderungsanträge gestellt hatten, haben in der Begründung zu diesen Änderungsanträgen immer wieder auf die besondere Lage der Selbständigen, hier der Handwerker, im Vergleich zu den Arbeitern und den Angestellten hingewiesen und damit die andersgeartete Bindung der selbständigen Handwerker an die Arbeiterrentenversicherung begründet. Die CDU/CSU hat mit ihren Anträgen, die in der zweiten Lesung behandelt worden sind, das Plenum des Bundestages zu einem Riesen-Ausschuß gemacht. Das hätte vermieden werden können, wenn die sachliche Erörterung dieser Fülle von Änderungswünschen durch Rückverweisung der Gesamtvorlage an den Sozialpolitischen Ausschuß ermöglicht worden wäre. Das aber hat die CDU/CSU abgelehnt, und das verbot den Sozialdemokraten, diesem Entwurf zuzustimmen.

Die Behandlung der Altersversorgung des Handwerks war für die sozialdemokratische Bundestagsfraktion der willkommenen Anlaß, wieder einmal auf die notwendige gesetzliche Regelung der Alterssicherung der Selbständigen schlechthin zu verweisen. Es ist allseitig anerkannt, daß die Selbständigen in einer anderen Lage als die Arbeiter oder die Angestellten sind. Es ist auch allgemein anerkannt, daß für die Alterssicherung der Selbständigen andere Grundlagen und Voraussetzungen vorhanden sein müssen und vorhanden sind als für die Arbeiter oder die Angestellten. Es ist allgemein anerkannt, daß aus diesen andersgearteten Grundlagen und Voraussetzungen für die Alterssicherung der Selbständigen auch andere gesetzgeberische Schlüsse gezogen werden müssen. Die Sozialdemokraten haben darauf hingewiesen, daß keiner der Selbständigen - von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen - heute noch in der Lage ist, mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit durch alle Wechselfälle des Lebens hindurch für sein Alter vorzusorgen.

Die Erfahrungen zweier Kriege und zweier Inflationen, aber auch die Lebenserfahrungen der Menschen in unserer Industriegesellschaft zeigen, daß wir für die Alterssicherung der Selbständigen von der öffentlichen Hand oder des Gesetzgebers die Gewähr für die Unversehrtheit aller der Alterssicherung dienenden Maßnahmen zu übernehmen haben. Daraus ergibt sich zwingend nach Auffassung der Sozialdemokraten die Notwendigkeit einer umfassenden gesetzlichen Voraussetzung für die Alterssicherung der Selbständigen. Die Bundesregierung ist durch den nachstehenden Entschließungsantrag der SPD-Fraktion zur Erstattung eines Berichtes im Anschluß an den Bericht über die Lage der Mittelschichten aufgefordert worden. Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

"Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird ersucht, in dem Bericht, der über die Lage der Mittelschichten zu erstatten ist - Drucksache 712 -, auch Vorschläge darüber zu machen, wie die Alterssicherung für die Gruppen der selbständig Erwerbstätigen und Angehörigen freier Berufe zu gewährleisten ist, für die ein Bedürfnis nach einer gesetzlichen Regelung einer Alterssicherung besteht.

Der Bericht der Bundesregierung soll insbesondere Vorschläge enthalten über

1. die Höhe des Altersruhegeldes, der Rente wegen Erwerbsunfähigkeit und der Hinterbliebenenrenten;
2. die Höhe der Beiträge und die Verwaltung der Mittel;
3. die Sicherstellung von Rentenleistungen für Berufsangehörige, ehemalige Berufsangehörige sowie Hinterbliebene dieser Berufsangehörigen, die die Wartezeit nicht erfüllt haben;
4. einen finanziellen Ausgleich mit den Trägern der Rentenversicherungen der Arbeiter und der Angestellten unter Berücksichtigung der in diesen Versicherungszweigen zurückgelegten Versicherungs- und Ausfallzeiten (Wanderversicherungsausgleich);
5. die Anpassung der laufenden Renten und der Zugangsrenten an die wirtschaftliche Entwicklung nach den Vorschriften der Rentenversicherungs-Neuregelungsgesetze;
6. die Gewährung von Bundeszuschüssen in einer Höhe, die dem Anteil des durchschnittlichen Bundeszuschusses an den Rentenausgaben in den Rentenversicherungen der Arbeiter und der Angestellten entspricht;
7. eine Bundesgarantie nach den Vorschriften der Rentenversicherungs-Neuregelungsgesetze".

Dieser Antrag ist dem Ausschuss für Sozialpolitik federführend und dem Ausschuss für Mittelstandsfragen mitberatend überwiesen worden. Durch die Ausschussüberweisung besteht die Möglichkeit, dieses dringende Problem weiterhin gesetzgeberisch behandeln zu können.

Wir können hier nur die Hoffnung aussprechen, daß die Mehrheitsparteien des Bundestages bereit sind, aus ihrer eigenen Erkenntnissen, die sie in der Debatte über die Handwerker-Altersversorgung vorgetragen haben, mit uns gemeinsam die erforderlichen Schlußfolgerungen zu ziehen. Damit würde das Parlament einer seit langem der Antwort karenden sozialen Frage gerecht werden.

Chruschtschow in Österreich

Von unseren Korrespondenten in Wien; Karl Franta

Glanzvolle Staatsbesuche gehören schon längst zu den zusätzlichen Fremdenverkehrsattraktionen der Bundeshauptstadt Wien und ebenso natürlich zur willkommenen Ablenkung für schaulustige Einwohner. Vor wenigen Wochen erst weilte der Schah von Persien hier und bewegte die nach sentimentalem Schauern sich sehrender Herzen gewissenhafter Illustriertenleserinnen. Wo immer er sich zeigte, erntete er Jubel und Härdeklatschen, nicht etwa weil in seinen Lande die sozialen und politischen Verhältnisse so vorbildlich sind, sondern weil er, wie eine ältere Wienerin im Spalier es treffend ausdrückte, "gar so herzlich dreinschaut".

Nun aber kam auf Einladung von Bundespräsident Dr. Adolf Schärf und Bundeskanzler Ing. Julius Raab ein Besucher, den zumindest diese Attribute männlichen Liebreizes fehlen: Nikita Sergejewitsch Chruschtschow, Vorsitzender des Ministerrates der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, einer der mächtigsten Potentaten unserer heutigen Welt.

Das neutrale Österreich sah sich damit in einer recht zwiespältigen Situation: Es wollte den hohen Gast keineswegs verstimmen, denn erstens ist das überhaupt nicht die Art eines schon allein durch den regen Fremdenverkehr an Gastfreundschaft gewöhnten Landes, zweitens, was noch wichtiger ist, versprach man sich von dem Besuch reale wirtschaftliche Vorteile. Die im Staatsvertrag vom Jahre 1955 festgelegten Reparationslieferungen Österreichs an die Sowjetunion sind - bis auf 22 Dollar und 56 Cent, wie Bundeskanzler Raab dem Gast gegenüber lächelnd berichteten konnte - erfüllt worden. Zur Sicherung der Aufträge und Arbeitsplätze in den bisher für Reparationslieferungen beschäftigten Betrieben ist es notwendig, nunmehr einen Handelsvertrag mit der Sowjetunion abzuschließen. Die noch bestehende Verpflichtung zur kostenlosen Lieferung von Erdöl soll überdies, so hofft man, erleichtert werden.

Zu diesen rein wirtschaftlichen Erwägungen kommt noch hinzu, daß Österreich als ein neutrales Land dem Frieden dienen will und dazu eine Art Brückenstellung zwischen West und Ost anstrebt. Auch das ist ein Grund, den ebenso fröhlichen wie energischen Gast nicht zu brüskieren. Der Zwiespalt ergibt sich aber daraus, daß auf der anderen Seite Österreich kein Hehl daraus macht und machen will, sich mit dem Westen innerlich verbunden zu fühlen, für die großzügige amerikanische Wirtschaftshilfe herzlich dankbar zu sein und vor allem den Kommunismus ganz und gar abzulehnen.

In dieser nicht gerade einfachen Situation haben sich, soweit sich bisher beurteilen läßt, die Österreicher als gute Diplomaten erwiesen, nämlich nicht etwa nur die Staatsmänner und Berufsdiplomaten, sondern die einfachen Menschen selbst. Trotz der sprichwörtlichen Schaulust des Wiener gab es nirgends ein nennenswertes Spalier. Der Empfang Chruschtschows war freundlich, aber kühl, korrekt und sachlich, so wie Leute einander begegnen, die miteinander ein Geschäft machen wollen, sich im übrigen aber keinen Illusionen hingeben.

Chruschtschow zeigte sich tatsächlich für eine Intensivierung der Handelsbeziehungen recht aufgeschlossen. In einem Wiener Betrieb erklärte er vor den Arbeitern in seiner direkten und volkstümlichen Art: "Packt mir nur alles ein, was ihr habt, ich kaufe alles zusammen. Allerdings muß auch Österreich dann bei uns um den gleichen Betrag Waren kaufen!" Doch war ihm offensichtlich nicht so sehr um den Handel als um die Propaganda vor der Weltöffentlichkeit zu tun, die sich nach seiner Ansicht in den neutralen Österreich besonders vorteilhaft entfalten läßt.

In Begleitung seiner ungemein liebenswürdig wirkenden Gattin Nina und seiner hübschen Tochter Helena bemühte er sich überall und gewiß nicht ohne Erfolg, den Biedermann zu spielen. Sein energisches Gesicht schwankt dauernd zwischen tiefem, bedrohlichem Ernst und ausgelassenster, burschikoser Heiterkeit.

Eines Morgens durchbricht er in Wien den Kordon seiner Beschützer und begibt sich auf einen der bei ihm so beliebten improvisierten Spaziergänge. Die Passanten, die zufällig des Weges gehen und auf welthistorische Begegnungen nicht vorbereitet sind, drücken sich scheu und verängstigt zur Seite als wolle ihnen Chruschtschow die Armbanduhr wegnehmen. Ein Wiener, der nicht flink genug ist, sich der freundlichen Annäherung des Mächtigen zu entziehen, wird von diesem prompt nach Moskau eingeladen. Doch der Betreffende lehnt dankend ab -- er sei mit seiner 85. Jahzer "für solche Sachen schon zu alt".

Wie nicht anders zu erwarten, organisierten die Kommunisten Beifallsovationen auf der Straße. Sie hätten das besser unterlassen, denn so mußte ihr "Oberster" den fatalen Eindruck gewinnen, in Österreich gäbe es mehr Kriminalbeamte als Kommunisten.

Die Frau und die Politik

H.Sz. Die Statistiker beweisen es klipp und klar: viele Frauen von heute fliehen die Öffentlichkeit und wollen von Politik nichts wissen. Das gilt zwar auch für die Masse der Männer von heute, aber doch nicht in dem gleichen Umfang. Unsere Demokratie aber lebt von der Aktivität und Verantwortungsfreudigkeit ihrer Staatsbürger - und in der Bundesrepublik gibt es immerhin zwei Millionen Frauen mehr als Männer ...

Zwei Gruppen von Frauen, die mehr als andere um diese Dinge wissen und um sie bemüht sind, nämlich Journalistinnen und Frauen, die in der kommunalpolitischen oder in der Frauenarbeit stehen, trafen zum zweiten Mal in der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bergneustadt zusammen, um sich in enger Arbeit Gedanken darüber zu machen, wie das Ziel einer politischen Aktivierung der Frauen am wirkungsvollsten erreicht werden kann.

Die Vertreterinnen der Frauengruppenarbeit und die Kommunalpolitikerinnen brachten den Journalistinnen zum Bewusstsein, dass alle ihre Bemühungen um die staatsbürgerliche Mitarbeit der Frauen zum Scheitern verurteilt sind, wenn die Presse sie nicht genügend unterstützt. Die Journalistinnen dagegen gaben ihren Partnerinnen wertvolle Tips, um die Presse in geeigneter Form für die Frauenarbeit und die Forderungen der Frauen zu interessieren.

Bekannte Journalisten lieferten den Teilnehmerinnen in Referaten wertvolles geistiges Rüstzeug für die gemeinsame Arbeit. So zeigte Günter Markscheffel, Bonn, die Relativität der westlichen Pressefreiheit (als Gefahr für die Demokratie) auf, die uns zwar theoretisch durch die Verfassung garantiert wird, die in der Praxis aber durch starke wirtschaftliche Machtkomponenten und viele andere Faktoren beschnitten ist.

Stephan Thomas, Bad Godesberg, nahm die totale und totalitäre Presse-Unfreiheit im kommunistischen Machtbereich einschliesslich der "Zone" unter die Lupe. Dort ist die gesamte Presse bekanntlich ausnahmslos ein Instrument der KP zur Erhaltung ihrer Macht und zur kollektiven Formung der Massen im ihrem Sinne. Daraus folgerte Thomas, dass es für den freien Westen heute darauf ankommt, den kommunistischen Machtanspruch durch eine maximale Politisierung aller zu begegnen.

Über die Illustrierten als ein entscheidendes Mittel zur Beeinflussung der Frau - leider sehr häufig im negativen Sinne in Richtung seichter Verflachung - sprach Herta Gotthelf, Bad Godesberg. Sie brachte neueste Zahlen über die Millionenauflagen der gewaltigen Flut von Illustrierten mit, die sich heute über alle westlichen Länder ergiesst und zeigte dabei auf, dass die gewaltigen Auflagen der einzelnen Illustrierten offensichtlich - von wenigen Ausnahmen abgesehen - in umgekehrtem Verhältnis zu ihrem geistigen Anspruch stehen.

Interessant war die Begründung, die Heinrich Braune, Hamburg, aus sozialpsychologischer Sicht für die öffentlichkeitsfeindliche Haltung und die politische Passivität der Frau von heute zu geben wusste. Diese für die Demokratie höchst negative Situation der Frau erklärt sich aus

ihren negativen Erfahrungen mit Öffentlichkeit und Politik während der Hitler-Ära, der Kriegs- und der Nachkriegszeit. Ebenso wie 1933, musste die politisch aktive Frau 1945 erfahren, dass gesellschaftliche Passivität belohnt wurde: ein verhängnisvoller "nationaler Anschauungsunterricht".

Das Seminar wurde ergänzt durch Filme von der Bundeszentrale für Heimatdienst und durch den Besuch des Bundeshauses in Bonn. Dort hatten die Frauen Gelegenheit, auf den Tribünen des Plenarsaales einen Teil der aussenpolitischen Debatte anzuhören und jene Männer und Frauen bei der Arbeit zu sehen, vor denen das Wohl und Wehe unserer politischen Zukunft abhängt.

+ + +

Ein Leben im Dienste der Gewerkschaften

P.H. - Der Rücktritt des Generalsekretärs des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG), J.H. Oldenbroek, wurde in diesen Tagen von Exekutivausschuß des Bundes angenommen. Oldenbroek war in der ersten Nachkriegszeit einer der ersten Persönlichkeiten in der damaligen interalliierten Gewerkschaftsbewegung gewesen, der gegen die kommunistischen Versuche ankämpfte, den damals gegründeten "Weltgewerkschaftsbund" zu einem Werkzeug der Politik der Sowjetunion zu machen. Als einer der Männer, die frühzeitig erkannt hatten, daß eine Zusammenarbeit mit den sowjetischen Gewerkschaften unvereinbar mit dem demokratischen Charakter der freien Gewerkschaften der nicht-kommunistischen Welt sei, wurde er auf dem Gründungskongreß des IBFG in London im Dezember 1949 zu dessen Generalsekretär gewählt. Diesen Posten hat er seitdem ununterbrochen betreut.

J.H. Oldenbroek wurde in Amsterdam im Jahre 1897 geboren. Sein Vater war einer der vielen mittelständlerischen holländischen Zigarrenfabrikanten, die in der Frühzeit der sozialistischen Arbeiterbewegung des Landes eine beachtliche Rolle spielten. Mit 14 Jahren arbeitete Oldenbroek als Lehrling und Angestellter in Kaufmannsfirmen. Die Gewerkschaftsführung wurde auf ihn durch Abendkurse für junge Gewerkschafter aufmerksam. Mit 18 Jahren übernahm ihn im Jahre 1915 der damalige Führer des holländischen Gewerkschaftsbundes und Sozialist, Edo Pimpen, als Sekretär. Bei Abschluß des ersten Weltkrieges trat er als dessen Assistent in die Zentrale der neugegründeten Gewerkschaftsinternationale ein. Damit begann seine Rolle in der internationalen freien Gewerkschaftsbewegung.

Oldenbroeks Bearbeitung karitiver Fragen in der Internationale führte dazu, daß er im Jahre 1929 mit Pimpen zur "Internationalen Transportarbeiter Föderation" überging, in der ihm die Leitung der Seelutesektion übertragen wurde. Als Edo Pimpen im Jahre 1942 starb, übertrugen ihm die Transportarbeiter das Generalsekretariat.

Viele deutsche Emigranten verdanken es Oldenbroek, daß sie auf neutralen Schiffen dem Konzentrationslager entweichen konnten. Aber auch an der Bewältigung des überseeischen Versorgungsproblems der Alliierten hatte er einen wesentlichen Anteil. Wenn heute der IBFG mit seinen 137 angeschlossenen Gewerkschaftsbünden aus 97 Staaten und Kolonien die größte Gewerkschaftsinternationale der Welt und der mächtigste Gegner des kommunistischen "Weltgewerkschaftsbundes" ist, so ist das nicht zuletzt ein Verdienst Oldenbroeks und seiner unermüdeten Arbeit in aller Welt.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel